



MIGRATION IM LANDKEIS MEISSEN AUF REKORDNIVEAU

Vor fast genau sechs Jahren, in der Nacht vom 4. zum 5. September, brachen sämtliche Dämme: An jenem Datum hatte CDU-Kanzlerin Angela Merkel in einer eigenmächtigen Entscheidung an Kabinett und Parlament vorbei beschlossen, die Grenzen zu Österreich zu öffnen, um die Alpenrepublik vor einem drohen-

den Ansturm an Flüchtlingen aus dem Nahen und Mittleren Osten zu entlasten. Seit diesem Tag strömten Millionen von Einwanderern nach Deutschland. Allein im Jahr 2015 registrierte das Bundesamt für Migration rund 900.000 neu hinzugekommene „Schutzsuchende“, die, ob ein Bleiberecht gewährt wurde oder nicht,

mittlerweile ebenso Familien in Deutschland gründen. Zwischen 2015 und 2019 wurden fast 136.000 Flüchtlingskinder in Deutschland geboren. Auch der Landkreis Meißen ist von der Flüchtlingskrise stark betroffen. Wir recherchieren zu den wichtigsten Auswirkungen dieser Krise für unsere Heimat ab Seite 6.



Moritzburger Platz Meißen. Dem Bürgerwillen zum Trotz installiert die Stadt ein äußerst fragwürdiges Kunstwerk. S. 4



Relotius-Skandal Medien. Die Sächsische Zeitung Meißen erfindet eine Reportage - und verweigert die Richtigstellung. S. 9

Meißen in der Pandemie

MILLIONENSCHADEN FÜR GASTWIRTSCHAFT



„Nur zwei Wochen durchhalten, dann ist Weihnachten gerettet“: So kündigte die Bundesregierung im November 2020 einen 14-tägigen Lockdown für ganz Deutschland an, der am Ende über sechs Monate dauern sollte. Diesen Herbst steht aller Voraussicht nach sogar ein weiterer Lockdown an. Was der gesellschaftliche Stillstand des vergangenen Halbjahres uns Sachsen tatsächlich gebracht und insbesondere auch gekostet hatte, von privaten und gewerblichen Insolvenzen über dauerhafte Grundrechtseinschränkungen bis hin zur Impfpflichtdebatte, lesen Sie ab Seite 8.

SACHSENS JUGEND

WÄHLT AFD!



Quelle: Civey Umfrage im Auftrag der Sächsischen Zeitung / Alter: 18-bis 29-Jährige / Stand: 31.08.2021

SONNTAGSUMFRAGE

BUNDESTAGSWAHL



Quelle: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/sachsentrend-umfrage-august-100.html>
Mitteldeutscher Rundfunk / Institut: Infratest dimap (1.179 Befragten/Stand: Mitte August 2021)

FÜR SIE EHRENAMTLICH AKTIV – IHRE AFD MEISSEN!



„Wie groß darf's denn bitte sein? Als 'Residence für den Landrat' hatten Kreisräte und lokale Medien die Absicht des Landratsamts kritisiert, für die Erweiterung des Meißner Landratsamts die 'Residence' am Teichertring zu kaufen. Immerhin wären die anfallenden Kosten horrend und summierten sich mit der Sanierung des Objekts auf der Dresdner Straße auf 7,2 Millionen Euro. Im Kreisrat erhoben wir Einspruch und verwiesen auf unser Konzept zum Bau eines vom Bund förderfähigen funktionalen Gebäudes auf der Brachfläche an der Brauhausstraße. Unser Argument kürzerer Wege statt massiver Hochwassergefährdung sowie eines Einsparpotentials von gut 2,5 Millionen Euro an Steuergeldern wiesen die Altparteien jedoch irrational zurück. CDU und Landrat bestehen auf ihre 'Residence' – zu Lasten der Bürger und Steuerzahler, der Mitarbeiter des Amtes und auch der Umwelt. Denn der Bau am Teichertring verfügt noch nicht einmal über einen Energieausweis. Die Kosten dürften spätestens zum nächsten Hochwasser gründlich in die Höhe schnellen.“

Dieter Vogt
AfD-Kreisrat Landkreis Meißen

„Was die 'Großen' in Berlin beschließen, können wir 'Kleinen' im Freistaat kaum noch stemmen: Seit vielen Jahren bin ich als Altenpflegerin in unserem Landkreis tätig und erlebe hier tagtäglich die Sorgen und Nöte des Pflegepersonals, unserer Senioren und deren Angehörigen. Es ist ein Teufelskreis. Unseren Einrichtungen fehlt es an Personal zur Pflege; für mehr Mitarbeiter und auch höhere Löhne müssten wir Gebühren erhöhen. Doch schon jetzt müssen viele Bewohner der Altenheime Anträge beim Sozialamt stellen, da ihre Rente für die Pflegeleistung längst nicht mehr genügt. Ein Gesundheitsminister mit Erfahrung in unserem Beruf wäre ein Wunschtraum. Doch die Bundesregierung lässt uns alle im Stich. Deswegen hatte ich mich entschlossen, selbst in der Politik aktiv zu werden: Für unsere Senioren, für unsere Familien und vor allem auch für die von Corona und der Arbeitsmarktpolitik des Bundes stark belasteten Kollegen der Altenpflege.“



Annett Michler
AfD-Kreisrat Landkreis Meißen
AfD-Stadtrat Stadt Riesa

„Auch kleine Dinge haben manchmal große Auswirkungen: Zwar ist Kommunalpolitik gerade im ländlichen Raum oft unspektakulär, dafür jedoch umso zukunftsorientierter. Und so erfuhr auch gleich einer unserer ersten Anträge im Gemeinderat, die Umstellung der örtlichen Straßenbeleuchtung auf LED, Zustimmung von sämtlichen anderen Fraktionen. So simpel es klingen mag – die neue Technik spart unserer Gemeinde viel Geld. Und die wenigen Haushaltsgelder unserer Gemeinde brauchen wir dringend an anderen Stellen: Im vergangenen Jahr konnten wir endlich unsere Grundschule mit interaktiven Tafeln und einem neu gestalteten Computerkabinett ausstatten. Nun müssen unsere Radwege ausgebaut werden, um unsere Heimat noch familienfreundlicher zu gestalten. Und auch die Restaurierung des Wasserschlosses Oberau soll schließlich zügig vorankommen.“

Heiko Eichler & André Schmiege
AfD-Gemeinderäte Niederau



INHALTSVERZEICHNIS

04 | Stadt & Land
Moritzburger Platz

06 | Asyl & Migration
Asylpolitik

09 | Stadt & Medien
Relotius-Skandal

11 | Bundestagswahl
Wahlhilfe für Berlin

05 | Stadt & Land
Kornhaus

08 | Gesellschaft
Coronahilfen

10 | Bildung
Elternbeiträge

12 | Vermischtes
Rätselspaß

VORWORT

„Unsere Bürger sind es wert, ehrlichen und transparent gestalteten Journalismus geliefert zu bekommen.“



Liebe Bürger,

Sie halten heute die erste Ausgabe unserer neuen Zeitung für den Landkreis Meißen in der Hand. Mit der „Meißner LandkreisPost“ haben wir uns große und vor allem auch wichtige Ziele gesteckt: Denn gerade in den Krisen unserer Zeit hat sich erwiesen, dass die Menschen ihren herkömmlichen Nachrichten und Tageblättern nur noch bedingt vertrauen können. Ob zum Thema Flüchtlinge, Klimawandel oder Gender-sprache: Viele Zeitungen und Zeitschriften, insbesondere aber auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk, suchen sich auffallend selektiv aus, was sie an Ereignissen noch veröffentlichen und wie sie gesellschaftliche Veränderungen bewerten. Nicht grundlos, wie eine Umfrage aus dem vergangenen Jahr bestätigt: Unter den Volontären der Öffentlich-Rechtlichen gaben dort fast 58 Prozent der Befragten an, die „Grünen“ zu wählen. Weitere 24 Prozent stimmten für „Die Linke“, die SPD kam auf annähernd 12 Prozent. Knapp 94 Prozent für linke Parteien - die tatsächlichen politischen Präferenzen unserer Gesellschaft spiegeln sich in diesen Werten ganz sicher nicht wider! Wie angeblich seriöse Tageszeitungen auch in Meißen Fake News verbreiten, haben wir für Sie auf Seite 9 exemplarisch aufbereitet.

Mit unserer neuen „Meißner LandkreisPost“ wollen wir dieser politischen Schiefelage zwischen Medien und Gesellschaft entgegenwirken. Unsere Bürger sind es wert, ehrlichen und transparent gestalteten Journalismus geliefert zu bekommen. Schließlich vervielfachen sich die Krisen unserer Zeit gerade in diesem

wichtigen Jahr: Nach dem verlorenen Krieg am Hindukusch kommt zur Flüchtlingskrise nun noch Afghanistan hinzu. Bundesinnenminister Seehofer kündigte bereits an, bis zu fünf Millionen weitere afghanische Flüchtlinge in Europa zu erwarten. Die Coronapandemie geht in die nächste Phase; ein weiterer Lockdown steht uns Deutschen sicher bevor. Die Debatte um Impfungen entzweit unser Land. Unsere Bundesregierung zeigt sich nicht einmal mehr fähig, auf drohende Naturkatastrophen zeitnah zu reagieren. Die Inkompetenz des Merkel-Kabinetts und ihrer Landesregierungen kostet zuletzt über 140 unserer Bürger in den Juli-Fluten das Leben. Die historische Bundestagswahl im September wird unserer Bundesregierung ein - hoffentlich verdientes - Zeugnis zu dieser desaströsen Politik unter Noch-Kanzlerin Merkel ausstellen.

Ihnen, liebe Bürger, wünsche ich anregende Lesestunden mit unserer neuen Zeitung. Ich freue mich auf Ihre Zuschriften und Kommentare und vor allem auch auf Ihre tatkräftige Unterstützung bei der Gestaltung unserer wunderschönen Heimat in diesen schwierigen Zeiten. Gehen Sie auf alle Fälle wählen: Denn Ihre Stimme bei der Wahl bestimmt Ihre Zukunft nach der Wahl!

Herzlichst,

Thomas Kirste
Mitglied des Sächsischen Landtags

THOMAS KIRSTE

geboren: 1977 in Meißen

Beruf: Hochschulmitarbeiter

Berufliche Ausbildung:

1994 bis 1998

Deutsche Bahn AG Coswig:
Ausbildung zum Elektroniker

1998 bis 2002

Handwerksbetrieb Meißen:
technischer Leiter

2003 bis 2008

Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden:
Studium der Betriebswirtschaft

2005

Satakunta University of Applied
Sciences Business and
Administration Rauma Finnland:
Studium der Betriebswirtschaft

2009 bis 2011

Sächsische Aufbaubank:
Technologieförderung

2012 bis 2014

Zukunftsagentur Brandenburg:
Regionalmanager

seit 2015

Freiberuflicher Unternehmer:
Projektdienstleistung

seit 2017

Hochschule Mittweida: Transfermanager

seit Oktober 2019

Mitglied des Landtags

Kulturpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag
Vorsitzender der Meißner AfD-Stadtratsfraktion
Kreisrat des Landkreises Meißen

VOM BÜRGERWILLEN MEHRHEITLICH ABGELEHNT: „FADENWURM“-SKULPTUR AUF MORITZBURGER PLATZ WIRD TROTZDEM ERBAUT



Foto: privat

So schamlos täuscht die Stadt die Bürger: Erst im vergangenen Jahr hatten sich für die Umgestaltung des Moritzburger Platzes über 60 Künstler aus dem In- und Ausland mit ihren Entwürfen beworben. Ausgelobt wurde dieser Wettbewerb von der Stadt Meißen, die gleichzeitig versprach, ihre eigenen Bürger zur Abstimmung um den schönsten Vorschlag einzuladen. Tatsächlich fanden sich über einhundert Bürger im Rathaus ein, um ihr präferiertes Modell zu wählen. Und sämtliche der Gestaltungsvorschläge fielen bei den teilnehmenden Meißnern mehrheitlich durch. Das über drei Meter hohe knallbunte „Städteband“, welches nun errichtet werden soll, schaffte es noch nicht einmal auf einen der vorderen Plätze. **Denn was die abstimmenden Bürger damals nicht wussten – ihre Stimme sollte am Ende überhaupt nicht ins Gewicht fallen. Stattdessen hatte die Stadt Meißen eine Gruppe handverlesener Künstler zur Entscheidung gebeten.**

Die Stadt Meißen beharrt weiterhin auf ihrem Narrativ, die Bürger ja eingeladen zu haben. Die „Voten der Bürgerschaft“ seien ja schließlich mit „in die Kür des Siegerentwurfs ein-

geflossen“, ließ Stadtmarketingchef Christian Friedel Ende April in der Meißner Lokalausgabe der „Sächsischen Zeitung“ verkünden. Dass die Stimmen von über hundert teilnehmenden Bürgern zur Auszählung nur wie die Stimme eines einzelnen von der Stadt berufenen Künstlers gewertet wurden; dass schon zwei Künstler die komplette Bürgerschaft überstimmen konnten, verschwieg Friedel im Namen der Stadt Meißen lieber. Es passte nicht in den Kontext der angeblich „gelebten Demokratie“. Und auch die „Sächsische Zeitung“ fand noch kein Verlangen zur Richtigstellung im Sinne ihrer noch verbliebenen Leser.

„Im Meißner Kulturausschuss hatten wir für ein alleiniges Abstimmungsrecht der Meißner Bürger plädiert“, erklärt Stadtrat Thomas Kirste, der als AfD-Abgeordneter ebenso den Meißner Wahlkreis im Sächsischen Landtag vertritt. „Unser Vorstoß nach größeren basisdemokratischen Mitspracherechten der Meißner wurde von allen anderen Parteien im Stadtrates jedoch zurückgewiesen. Stattdessen berief die Stadt Meißen ein handverlesenes Gremium aus fünf regionalen Künstlern und Amtsträgern ein;



Foto: privat

die komplette Abstimmung der Bürgerschaft wurde nur noch als eine(!) von insgesamt sechs Stimmen gewertet. Auch das Abstimmungsergebnis der Bürger wurde lange Zeit, trotz bitten unserer Fraktion, nicht zur allgemeinen Einsicht veröffentlicht.“

„Eine solche Placebo-Wahl ist unserem demokratischen Grundverständnis nicht zuträglich.“

Dabei traf den jetzt zum Bau stehenden und mit 25.000 Euro Preisgeld hoch dotierten Entwurf ein Vielfaches an Ablehnung: Denn die hohe und sperrige Installation verbaue nicht nur die Blickachse der Anwohner zur Albrechtsburg, mahnen Kritiker. Die umstrittene Gestaltung erinnere manche Bürger auch viel eher an Trichinen und andere Fadenwürmer mit Beigeschmack, als an das avisierte berühmte „Möbiusband“. Nicht zuletzt wurden Befürchtungen vor zunehmendem Vandalismus an der drei Meter hohen Skulptur und ihrem Betonsockel geäußert, deren Folgekosten der Beseitigung ebenfalls einberechnet gehörten. „Neben einer Anerkennung der demokratischen Entscheidung der Meißner Bürger über die Entwicklung ihres Moritzburger Platzes durch die Stadt hätte ich mir natürlich bessere Einsatzmöglichkeiten der SEEG-Großspende gewünscht“, erklärt Kirste über das Verhalten der Stadtverwaltung enttäuscht. „Mit diesen 1.500 Euro hätte man schließlich auch einen der Cöllner Spielplätze sanieren können. Davon hätten die Anwohner, insbesondere die in Cölln lebenden Familien mit ihren Kindern, gerade in und nach der Coronazeit wirkliche Vorteile gewonnen.“

SANIEREN STATT PLANIEREN: WIE GEHT ES WEITER MIT DEM KORNHAUS?

„Herrenhaus in Meißen zu verkaufen“: Dass auch in diesem Herbst ein renommierter Radebeuler Immobilienhändler den Erwerb eines der historisch wertvollsten Baudenkmäler in Meißen anpreist, ist ein politischer Skandal besonders hoher Güte. Denn immerhin möchte die Porzellan- und Weinstadt noch in diesem Jahrzehnt zum Weltkulturerbe der UNESCO ernannt werden. Neben dem berühmten Meißner Porzellan – erstmalig in Europa durch Johann Friedrich Böttger vor über 300 Jahren in Meißen hergestellt – soll auch die Albrechtsburg Meißen als eine der tragenden Säulen dieser überregional wichtigen Bewerbung dienen. Doch was wäre die Albrechtsburg ohne ihr markantes und weithin sichtbares Kornhaus als integraler Bestandteil?

Schon 2008 wurde das um 1491 errichtete Kornhaus von der Stadt Meißen an eine italienische Baugesellschaft veräußert. Weit unter dem Marktpreis hatten diese lediglich eine halbe Million Euro für das komplette Gebäude an die Stadt Meißen gezahlt. Das für den Anschluss versprochene Luxushotel ließ jedoch auch in den kommenden anderthalb Jahrzehnten auf seine Eröffnung warten. Stattdessen tauchte das Kornhaus plötzlich auf mehreren Immobilienseite auf – nicht selten für einen Kaufpreis des Vielfachen dessen, was die Stadt Meißen einst erhielt. „Das Kornhaus als Teil der Burg hätte niemals in private Hand veräußert werden dürfen“, kritisiert der Meißner AfD-Stadtrat Thomas Kirste. „Dieser Bau ist ein essentieller Bestandteil des kulturellen Erbes der Stadt

Meißen und seiner Bürger; die Albrechtsburg mitsamt dem Kornhaus ein international hoch geschätztes Wahrzeichen, welches jedes Jahr unzählige Touristen in die Stadt zieht.“

Die Altparteien im Meißner Stadtrat ließ die Entwicklung des Kornhauses ganze zwölf Jahre lang gleichgültig. Die Initiative um den Erhalt des vom Verfall bedrohten Wahrzeichens ergriff schließlich die AfD im Sommer 2020. In einer Kleinen Anfrage Thomas Kirstes an die Sächsische Landesregierung ergründete die AfD, ob überhaupt bereits Pläne ausgearbeitet worden waren, um das Kornhaus in öffentliche Hand und somit in den Besitz der Meißner Bürger zurückzuführen. Das Ergebnis war enttäuschend, wenn auch nicht überraschend. Lapidar verkündete der Freistaat, „die Willensbildung der Staatsregierung“ sei in dieser Frage „nicht abgeschlossen“. In einem Antrag forderte die sächsische AfD-Fraktion daraufhin, den derzeitigen Eigentümern des Kornhauses ein Kaufangebot unter Nutzung des gesetzlich garantierten Vorkaufsrechtes für den Freistaat zu unterbreiten. Dass „derzeit kein Bedarf“ des Freistaats am Kornhaus bestünde, wie es in der Ablehnung der Regierung hieß, lässt die AfD als Argument nicht gelten: Denn für eine erfolgreiche Bewerbung zum Weltkulturerbe braucht es zwingend auch ein intaktes Kornhaus. Und vom Verfall dieses historisch wertvollen Gebäudes hätte schließlich niemand Nutzen.



Foto: NoRud - Meißen Domplatz 1 Kornhaus von 1542 CC BY-SA 4.0, via Wikimedia Commons (bearbeitet)

BÜRGERWILLE

ZÄHLT!

PROSCHWITZ



Foto: DynaMoToR - Luftbild Meißen-Proschwitz, Winkwitz CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons

Die Proschwitzer Bürger dürfen sich freuen: Der vom Prinzen zur Lippe in ihrer Gemeinde geplante monumentale Aussichtsturm samt Gästekomplex darf zumindest in der vorgelegten Form nicht errichtet werden. Mit hauchdünner Mehrheit hatte sich der Meißner Stadtrat gemeinsam mit der AfD-Fraktion diesen Frühling gegen den Entwurf ausgesprochen. „Wir wollen die Investitionen des Prinzen in Proschwitz keinesfalls grundsätzlich verhindern“, erklärt AfD-Fraktionschef Thomas Kirste. „Doch da diese Gebäude künftig weithin sichtbar sein und dadurch auch das Elbtalpanorama entscheidend prägen würden, hatten wir uns entschlossen, gerade jene in unsere Entscheidung einzubinden, die vom Bauvorhaben besonders betroffen wären.“ In einer von der AfD ins Leben gerufenen basisdemokratischen Bürgerumfrage sprachen sich schließlich rund 77 Prozent aller befragten Proschwitzer gegen den Bau des monumentalen Turms und stattdessen für die Wiedererrichtung der historischen, im Krieg 1945 zerstörten Windmühle aus.

Von der markanten negativen Veränderung des Elbtalpanoramas bis hin zur Absicht des Prinzen, ein nahes Landschaftsschutzgebiet als Bauland für sein Projekt umzuwidmen, waren die Gründe hierfür vielfältig. Die AfD plädiert für eine von der Stadt organisierte Einwohnerversammlung, in welcher die Bürger gemeinsam mit dem Prinzen eine für alle akzeptable Alternative zum derzeitigen Entwurf finden.

TROTZ KENNTNIS IHRER HERKUNFT: ABGELEHNT ASYLBEWERBER WERDEN WEITERHIN NICHT ABGESCHOBEN



Symbolbild

Foto: RadekProcyk / iStock.com

Teuer statt effizient
**Die katastrophale Asylpolitik
des Landkreises Meißen**

18
Millionen
EURO

Wie viel Geld sind 18 Millionen Euro? Für den Landkreis Meißen offenbar nur „Peanuts“, wie eine Kleine Anfrage der Meißner AfD an den Meißner Landrat Ralf Hänsel (CDU) ergab: Denn immerhin stellt diese Summe beinahe exakt den Betrag dar, welchen das Jugendamt Meißen seit dem Jahr 2015 für sogenannte „unbegleitete minderjährige Ausländer“ (umA) aufwenden musste. Im September 2015 hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) für Flüchtlinge über die Balkanroute die Grenzen nach Deutschland geöffnet und damit die Flüchtlingskrise mit Millionen illegal Einreisender ausgelöst. Allein im Landkreis Meißen musste das Jugendamt seitdem rund 350 unbegleitete minderjährige Ausländer in Obhut nehmen – zuzüglich zu tausenden volljährigen Migranten.

Im Schnitt entstanden dem Jugendamt Meißen dadurch Kosten für jedes einzelne unbegleitete Flüchtlingskind von über 45.000 Euro bei einer Gesamtkostensumme von etwa 15,7 Millionen Euro. Hinzu summierten sich noch einmal fast zwei Millionen Euro an Sozialausgaben für 133 „ehemals unbegleitete minderjährige Ausländer“ nach deren Eintritt in die Volljährigkeit – allein im letzten Quartal kamen hierbei monatliche Kosten von mehr als 2.000 Euro pro „jungen Heranwachsendem“ zustande. „Zwar konnte sich das Jugendamt Meißen vom Freistaat Sachsen und der Bundesregierung bereits etwa 13 Millionen Euro an Kostenanteilen zurückerstatten lassen“, erklärt Thomas Kirste, der den Wahlkreis Meißen 3 als Direktkandidat ebenfalls im Sächsischen Landtag vertritt. „Doch auch deren Einnahmen müssen

schließlich vom Steuerzahler erst erbracht werden. Hier wird großzügig mit Geld hantiert, welches den Kommunen, dem Land Sachsen und auch der Bundesregierung an anderer Stelle schmerzhaft fehlt.“ Der Landkreis Meißen hätte diese Summen immerhin bitter nötig, so Kirste, unter anderem für die Sanierung von Schulen, deren mangelhafte Ausstattung an Computern und Internetzugängen sowie Heimschulmöglichkeiten sich gerade im Lockdown deutlich gezeigt hatte. Noch immer fehle es in Meißen Schulgebäuden an Belüftungssystemen, die gerade in den kalten Wintermonaten wichtig seien. Überdies seien die Steuerausgaben der Bürger viel dringlicher für die Senkung der Tagesgelder für Kitaplätze gefragt, um sozial schwache Familien finanziell endlich spürbar zu entlasten.

„Wer als politischer Flüchtling wirklich Hilfe benötigt, dem gegenüber sind wir Meißner und Sachsen gern solidarisch“, erläutert Kirste mit Blick auf die stetig wachsenden Zahlen von Asylanträgen, die auch den Landkreis Meißen betreffen. „Doch die steuerlichen Ergebnisse der harten Arbeit unserer Bürger dürfen nicht dazu vergeudet werden, wirtschaftlichen Flüchtlingen aus anderer Herren Länder ein angenehmes und geruhames Leben auf unsere Kosten zu gewährleisten. Es existiert kein Menschenrecht auf Einwanderung und ein sorgenfreies Leben in Deutschland.“

Bereits im vergangenen Jahr hatte die Meißner AfD erstmalig in der Geschichte der Stadt eine Aufschlüsselung über den tatsächlichen Anteil ausländischer Bürger an der Einwohnerschaft der Porzellanstadt veröffentlicht und dabei aufgedeckt, was zumindest dem Bauchgefühl vieler Meißner Recht gab: Denn allein in den vergangenen zehn Jahren hatte sich der Ausländeranteil Meißen sprunghaft von einem Prozent im Jahr 2010 auf 6,2 Prozent im Jahr 2020 mehr als versechsfacht. Zählte Meißen im Dezember 2010 noch 282 Ausländer mit Hauptwohnsitz in der Stadt, waren es im Juni 2020 bereits 1.791 Ausländer mit festem Wohnsitz im Stadtbereich.

Zwei Drittel von diesen kamen im Zuge der Flüchtlingskrise ab 2015 nach Deutschland. Die Zahl der in Meißen wohnenden deutschen Staatsbürger hielt sich hingegen über das vergangene Jahrzehnt konstant bei etwa 27.000 Menschen. „Die aus dem ungebremsten Zuzug ausländischer Staatsbürger nach Meißen resultierende Verknappung von Wohnflächen wirkt

sich auch negativ auf die Entwicklung von Mieten speziell für sozial schwächer gestellte Bürger in Meißen aus; für kinderreiche Familien, Rentner, Auszubildende und Arbeiter im unteren Lohnbereich“, mahnt Kirste.

„Der eklatante Mangel an günstigen Sozialwohnungen, die sich in städtischer Hand befinden, dürfte im kommenden Jahrzehnt zusätzlich zu einer Dramatisierung der Wohn- und Lebenssituation hiesiger Mieter beitragen.“

Überdurchschnittlich hoch, bestätigt der „Kriminalitätsatlas 2019“ der Polizei Sachsen, ist seit Beginn der Flüchtlingskrise auch der Anteil ausländischer Tatverdächtiger an der Gesamtbevölkerung: So waren über 15 Prozent der Straftaten, die im Jahr 2019 in Meißen begangen wurden und keinen ausländerrechtlichen Hintergrund besitzen, also nicht nur von Ausländern begangen werden können, von der Polizei auf ausländische Tatverdächtige zurückgeführt worden. In absoluten Zahlen erfasste die Polizei für 2019 exakt 666 ausländische Tatverdächtige. Bei Vergewaltigungen besaß sachsenweit sogar jeder dritte Tatverdächtige eine andere als die deutsche Staatsbürgerschaft. Die Zahl der im Landkreis Meißen lebenden Asylbewerber sowie die geringe Anerkennungsquote bleibt dabei weiterhin auf unverändert hohem Niveau: Zum Stichtag des 30. September 2020 wurden von den im Landkreis lebenden 2.225 Asylbewerbern lediglich 36 als „asylberechtigt“ anerkannt, was einer Quote von 1,6 Prozent entspricht. Weitere 474 Personen befanden sich in einem noch laufenden Asylverfahren, rund 920 Menschen genossen Flüchtlingsschutz nach dem Asylgesetz oder waren als Bürgerkriegsflüchtlinge anerkannt. Für 222 Asylbewerber, die zum Großteil aus Kriegsgebieten stammten, galt ein zeitweises Abschiebungsverbot. Ungeachtet der dieses Jahr neu hinzugekommenen Fälle konnten zum Stichtag des 31. Dezember 2020 bereits über 126 ausreisepflichtige Ausländer aufgrund „fehlender Dokumente“ nicht aus dem Landkreis Meißen abgeschoben werden. In sämtlichen Fällen war das Herkunftsland dieser Personen den zuständigen Ämtern bekannt.

Von den insgesamt 572 im Landkreis Meißen lebenden „Geduldeten“, die im September 2020 vom Gesetz her ausreisepflichtig waren, gingen Ende September gerade einmal sieben Personen bzw. 1,2 Prozent des Personenkreises einer Arbeit nach – umgerechnet ist das lediglich eine von achtzig Personen. Für 363 „Geduldeten“

finanzierten der Freistaat Sachsen und der Landkreis Meißen im Jahr 2020 eine eigene Wohnung, 112 „Geduldeten“ waren in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Zur letzten öffentlichen Erhebung im Dezember 2019 bestätigte der Staat auf eine Anfrage der Meißner AfD, dass über 54 Prozent der Asylbewerber in Meißen keinen Schulabschluss sowie mehr als 87 Prozent keine Berufsausbildung besäßen.



Foto: Stadtratte / iStock.com

„Viele dieser Menschen verweigern aktiv die Mitarbeit an ihrer Ausreise und erhalten trotzdem noch regelmäßige Sozialleistungen vom Staat“, kritisiert Kirste den mangelnden Willen der sächsischen Landesregierung zur praktischen Umsetzung der eigenen Asylgesetze. „So kann fast die Hälfte der im Landkreis nur noch geduldeten Migranten einzig nicht abgeschoben werden, weil diese angeblich keine Dokumente über ihre Herkunft besäßen oder sich angeblich nicht mehr erinnern könnten, woher sie überhaupt stammten. Doch selbst für diese Gruppe von Menschen, die weder das Interesse an einer Zusammenarbeit mit den Behörden noch an der Aufnahme einer Arbeitstätigkeit besitzt, müssen die Bürger unseres Landkreises noch Transferleistungen zahlen.“

Denn dass der Staat seine eigene Gesetzgebung gerade in Hinblick auf Flüchtlinge und Asylbewerber rigoros umsetzt, ist schließlich nicht nur im Interesse der eigenen Bürger und Steuerzahler – sondern ebenso im Sinn jener Flüchtlinge, die tatsächlich aus politischen Gründen aus ihrer Heimat fliehen müssen, die einen begründeten Anspruch auf die Solidarität der Bürger Deutschlands besitzen und die durch die nicht eben geringe Anzahl schwarzer Schafe unter den „Geflüchteten“ in gesellschaftlichen Vorverdacht geraten. Zielgerichtet jene zu schützen, die unseren Schutz verdienen, so Kirste, sei Sinn und Aufgabe der Asylpolitik der AfD.

AUSZAHLUNGSBEREITSCHAFT MANGELHAFT CORONAHILFEN KOMMEN OFT MONATE ZU SPÄT



Foto: manfredky / iStock.com

Aus zwei Wochen wurde plötzlich ein ganzes halbes Jahr: Bis in den Frühling zog sich der von der Bundesregierung im vergangenen November angekündigte „kurze Lockdown zur Rettung von Weihnachten“. Die Folgen des wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Stillstands waren gerade für Meissen dramatisch zu spüren. Immerhin ist die Porzellan- und Weinstadt wie kaum eine zweite sächsische Gemeinde essentiell vom Tourismus abhängig. Die ausbleibenden Gäste bedeuteten für viele Hotels gravierende Umsatzeinbrüche; vom Staat geschlossene Kneipen und Restaurants konfrontierten die Meißner Gastronomen mit ernsthaften Existenzängsten. Auch die versprochenen Hilfgelder des Staates blieben lange Zeit aus. Selbst Mitte Mai, fand die AfD in

einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung heraus, waren zwei Drittel der Überbrückungsanträge der Unternehmer des Landkreises Meissen für den Monat März noch immer nicht ausgezahlt – ein Betrag von immerhin zehn Millionen der rund 14,9 Millionen beantragten Euro binnen nur eines einzigen Monats. Zwischen Januar und März 2021 hatten allein die Gastwirte der Stadt Meissen über 121 Anträge auf Hilfgelder zur Existenzsicherung stellen müssen. Für den gesamten Landkreis zählte der Freistaat im gleichen Zeitraum fast 650 Anträge aus dem Gastgewerbe.

„Die coronabedingten Zwangsschließungen durch den Staat betrafen jedoch nicht nur die Meißner Unternehmer, sondern auch deren Mit-

arbeiter finanziell schwer“, erklärt der Meißner AfD-Stadtverband. Zu einer Anfrage der AfD hatte die Bundesagentur für Arbeit kürzlich erschreckende Zahlen geliefert: Bis Juni 2021 mussten sachsenweit über 230.000 Menschen in Kurzarbeit, darunter fast 12.000 Beschäftigte des Landkreises Meissen und von diesen wiederum rund 1.600 aus dem Meißner Gastgewerbe. Für die Familien der Stadt Meissen, in welcher bereits vor Corona jedes vierte Kind unter 18 Jahren staatliche Sozialleistungen beziehen musste, traf der Einschnitt bei Löhnen und Gehältern durch Kurzarbeit viele Elternteile besonders schwer. Hinzu kamen die doppelten Belastungen der Kinder und ihrer Eltern durch Schulschließungen und Heimunterricht, deren psychologische Auswirkungen auf die Schüler vom Staat bis heute nicht aufgearbeitet wurde. „Gerade unsere Kinder leiden unter den Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus oftmals mehr, als unter dem Coronavirus selber“, mahnt die Meißner AfD.

„Die AfD setzt sich von daher konsequent ein, dass von Bund und Freistaat keine weiteren Lockdowns über unsere Kinder, unsere Familien, unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft verhängt werden.“

Prinzipiell stellt sich die verfassungsrechtliche Frage nach der Verhältnismäßigkeit solcher drastischen Maßnahmen. „Doch auch die Debatte um einen möglichen Impfwang teilt unsere Gesellschaft mittlerweile in zwei unversöhnliche Lager“, warnt die AfD. „Dabei hat der Staat weder für Kinder noch für Erwachsene Impfungen vorzuschreiben, deren Langzeitwirkungen noch unerforscht sind. Unseren Bürgern muss diese Entscheidung unbedingt freistehen.“

„Unsere Kinder leiden unter den Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus oftmals mehr, als unter dem Coronavirus selber.“



Thomas Kirste

Mitglied des Sächsischen Landtages



RELOTIUS-SKANDAL BEI DER SÄCHSISCHEN ZEITUNG: AFD DECKT AUF UND FORDERT RICHTIGSTELLUNG!

„Es gibt kein richtiges Leben im falschen.“

FAKE NEWS

Wohl kaum ein Zitat könnte die Berichterstattung der „Sächsischen Zeitung Meißen“ besser beschreiben als jenes des berühmten deutschen Philosophen Theodor Adorno. Besonders, was den schon damals heiß diskutierten Beitrag des SZ-Volontärs Marvin Graewert, „Corona-Demo läuft aus dem Ruder“, zur gut besuchten „Tanz in den Mai“-Veranstaltung vom 30. April 2021 betrifft. In der Lokalausgabe der SZ hatte Graewert im Stil einer Reportage von einer mit Regelverstößen aus dem Ruder laufenden angeblichen „Demonstration“ berichtet, die von Rechtsextremen veranstaltet worden sei und auf welcher der Polizei zum Abschied als Dank sogar ein Feuerwerk gewidmet wurde. Und das mitten im Corona-Lockdown. Die Meißner AfD wollte dazu genaueres wissen und reichte vergangenen Monat eine Kleine Anfrage (7/6968) an die Sächsische Staatsregierung ein. Anfang dieser Woche wurde unsere Neugierde zum „Tanz in den Mai“-Vorfall endlich befriedigt.

Das Ergebnis? Alles Blödsinn, sagt nun selbst unser sächsischer Innenminister Roland Wöllner. Und der muss es schließlich wissen: Seine Leute, die sächsischen Polizisten, waren – ganz im Gegensatz zum SZ-Volontär Marvin Graewert – schließlich live vor Ort, um sich die Veranstaltung, über die Herr Graewert in der Sächsischen

Zeitung berichtet hatte, auch persönlich anzuschauen. Die SZ Meißen wurde durch das Verhalten ihres Volontärs Marvin Graewert, dessen frei erfundene „Berichterstattung“ peinlich an den SPIEGEL-Täuscher Claas Relotius erinnert, richtig böse in ihrem journalistischen Ruf beschädigt. Und auch der Berliner Journalist Matthias Meisner dürfte sich mit seinen nachweislich verbreiteten Unwahrheiten sowohl innerhalb der Meißner Bürgerschaft als auch in seriösen journalistischen Kreisen keine Freunde gemacht haben.

Denn weder hatte es, wie Graewert in der „SZ Meißen“ behauptete, Ende April eine in Meißen „aus dem Ruder“ laufende „Corona-Demo“ gegeben – die Polizei vermeldete im Anschluss lediglich eine einzige Ordnungswidrigkeit; einen Verstoß gegen die Sperrstunde. Noch wurde der Tanz in den Mai, wie der tagesspiegel-Autor Meisner twitterte und die SZ ungeprüft übernahm, „mitorganisiert von Rechtsradikalen“. „Der Staatsregierung liegen keine entsprechenden Erkenntnisse vor“, kommentierte Innenminister Wöllner lapidar. Ein „Feuerwerk“ zum Abschluss, wie Graewert als Einziger an diesem Abend „als Dankeschön für den Einsatzleiter“ beobachtet haben wollte, wurde sonst von niemandem bemerkt. Marvin Graewerts Märchenbuch-„Reportage“

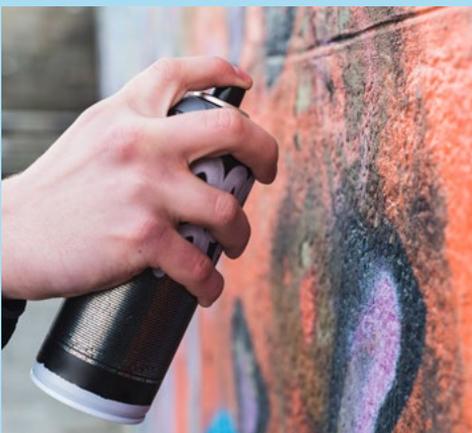
wurde großzügig Platz in der Lokalausgabe der SZ sowie online unter saechsische.de eingeräumt. Die Falschbehauptungen Graewerts in seinem Beitrag betrafen unzählige Meißner Bürger aus sämtlichen politischen und sozialen Schichten unserer Gesellschaft. Eine ausführliche Gegendarstellung der Sächsischen Zeitung Meißen zu den Ereignissen rund um die „Tanz in den Mai“-Veranstaltung erwarten wir von daher prinzipiell an gleicher Platzierung, wie dem Beitrag Herrn Graewerts damals gewährt. Das gebietet nicht nur der Pressekodex des „Deutschen Presserats“ in Ziffer 3, sondern ebenfalls die journalistische Ehrlichkeit den noch verbliebenen Lesern der SZ gegenüber. Denn Pressefreiheit ist keine Freiheit, ungeniert Lügen zu verbreiten. Im Sinne von Seriosität, Fairness und Transparenz werden wir die Berichterstattung der Sächsischen Zeitung künftig noch viel genauer in Augenschein nehmen.

Quelle: <https://www.saechsische.de/meissen/meissen-corona-demo-musik-singen-maske-polizei-sachsen-5435496-plus.html>



BÜRGERBEGEHREN -

GRAFFITI ENTFERNEN



Je sauberer eine Stadt sich zeigt, umso höher steigen auch das Wohlempfinden sowie die Lebensqualität ihrer Bürger. Für uns als AfD-Fraktion waren die zahllosen Graffiti an den Wänden und Bauwerken Meißen vergangenen Frühling ein ernster Anlass, der Stadtverwaltung einmal auf die Finger zu klopfen, um diese Verschandelungen endlich zu beseitigen. Von der AfD veranstaltete Umfragen hatten ergeben, dass die „Beseitigung der Meißner Schmutzecken“ eine der zwei am häufigsten geäußerten Forderungen der Meißner ist. Im Sommer vergan-

genen Jahres brachten wir diesen Fall ebenso bis in den Sächsischen Landtag hinein. Der Meißner Oberbürgermeister sah sich im Zugzwang und versprach, alsbald für die Entfernung der Graffiti aus dem Meißner Stadtbild zu sorgen. Seitdem erstrahlt die Hafenummauer an der Hochuferstraße, vormals ein weithin sichtbarer Schandfleck für uns Meißner und unsere Besucher, endlich wieder im neuen alten Glanz.

ELTERBEITRÄGE EXPLODIEREN!

Familien zahlen bis zu 366,00 EUR für einen KITA-Platz



Foto: sai73it / iStock.com

Nirgends sind die Elternbeiträge so hoch wie in Klipphausen, doch das Gespräch mit den betroffenen Familien lehnen die Verantwortlichen in der Regierung rundweg ab: Satt 300 Euro müssen Eltern seit vergangenem Herbst pro Monat bezahlen, wollen sie ihr Kind für neun Stunden in eine in Klipphausen gelegene Kinderkrippe entsenden. Elf Stunden Kinderbetreuung kosten die Eltern seitdem sogar bis zu 366 Euro. Allein im Vergleich zu 2019, berichtete die „Sächsische Zeitung“, wäre binnen eines Jahres ein Anstieg der Elternbeiträge von über 24 Prozent erfolgt – Klipphausen hatte damit einen der traurigen Spitzenplätze nicht nur im Landkreis Meißen, sondern auch im gesamten Freistaat Sachsen eingenommen. Für viele Klipphausener Familien, die im Coronajahr 2020 ohnehin finanziell wie körperlich erschöpft waren, war das Maß damit voll. Gleich dutzende betroffene Elternteile protestierten in einer vom Klipphausener AfD-Gemeinderat Markus Kunze organisierten Unterschriftenaktion förmlich gegen die Erhöhung und baten den sächsischen Kultusminister Christian Piwarz (CDU) um ein persönliches Gespräch. Doch dieser ließ das Angebot durch eine Mitarbeiterin seines Stabs mit der banalen Begründung ablehnen, „der weitaus überwiegende Teil der Eltern“ hielte „Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung für wichtiger als Beitragsabsenkungen.“ Dies hätten Umfragen des Kultusministeriums unter den Trägern der Kinderbetreuung im Freistaat ergeben.

„Ursprünglich sollten die Elternbeiträge in sämtlichen Gemeinden unseres Landkreises

zum Herbst 2020 gewaltig ansteigen“, erklärt die Meißner AfD-Stadtratsfraktion. „Im Stadtrat der Stadt Meißen konnte die AfD jedoch den Erfolg verbuchen, eine Erhöhung der Elternbeiträge für den Zeitraum 2020/21 komplett auszusetzen. In Riesa gelang es der AfD zumindest, gegen die Wunschvorstellungen der etablierten Parteien eine Erhöhung spürbar abzumildern. In Klipphausen, wo die AfD erst kürzlich neu in den Gemeinderat gewählt worden war, haben die Altparteien hingegen vor längerer Zeit bereits diese Erhöhung durchgewunken. Die Klipphausener sind zurecht empört; nicht nur über das dreiste Verhalten ihrer eigenen Gemeindeverwaltung, sondern ebenfalls über den Minister Piwarz, der weder an einem direkten Gespräch mit den Eltern Interesse zeigt noch überhaupt an einer persönlicher Beantwortung ihrer mahnenden Briefe.“

Dabei handelte es sich bei der Unterschriftensammlung des AfD-Gemeinderats Markus Kunze nicht um die erste Protestaktion im Landkreis gegen die massive Erhöhung der Elternbeiträge: Bereits am 1. Oktober 2020 hatten sich über 62 AfD-Stadt- und Gemeinderäte des Landkreises Meißen in einem gemeinsamen Appell an Kultusminister Christian Piwarz mit der dringlichen Bitte gewandt, die Gemeinden bei den Kosten für die Kindertagesbetreuung umgehend zu entlasten; beispielsweise über eine Anpassung der Landeszuschüsse, über höhere Schlüsselzuweisungen oder auch den Ausbau des Landeserziehungsgeldes. „Kinder sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft und

für weitere lebendige Städte und Gemeinden in Sachsen“, hieß es in der damaligen Erklärung der AfD-Kommunalabgeordneten. „Eltern sollten sich nicht aufgrund finanzieller Abwägung für eine Form der (früh)kindlichen Erziehung und Betreuung entscheiden müssen. Die Staatsregierung soll ihren Beitrag zu einer Förderung der Familien in Sachsen leisten.“

Gerechtfertigt worden waren die geplanten Erhöhungen vonseiten der Regierung sowohl mit den gestiegenen Löhnen für die Betreuer als auch mit den Mehrkosten, welche durch die Integration ausländischer Kinder in den Betreuungsbetrieb entstanden sind. Für die Familien der Stadt Meißen hätte die Gebührenerhöhung verglichen mit dem Oktober 2018 einen Anstieg von rund drei Prozent pro Kind in Hort und Kindergarten, für Kinder in Kinderkrippen sogar um weit über zwölf Prozent bedeutet. Die Meißner Stadtverwaltung hatte mehrfach die Dringlichkeit eines solchen Gebührenanstiegs betont, da mit dem Aussetzen der Erhöhung in diesem Jahr ein Haushaltsloch von gut 300.000 Euro in der Stadtkasse entstünde, welches mit anderen Mitteln nicht mehr zu decken sei. Diesen Versuch der Rechtfertigung bezeichnet AfD-Stadtrat Thomas Kirste jedoch als frei aus der Luft gegriffen. „Wir diskutieren im Stadtrat ernsthaft die Beleuchtung von Waldwanderwegen für 20.000 Euro Steuergelder sowie die Vergabe von Sanierungsaufträgen von Weinbergmauern in Höhe von rund 220.000 Euro an Baufirmen, die bereits in der Vergangenheit auf diesem Gebiet für Negativschlagzeilen gesorgt haben“, verweist Kirste auf die Stadtratssitzungen vom Frühling des Jahres 2020. „Nicht nur, dass das Haushaltsloch mutmaßlich weit geringer ausfiele als von der Stadtverwaltung verkündet. Allein mit den Stopps dieser beiden Projekte – und nur um zwei von vielen Beispielen zu bringen – wäre das Aussetzen der Beitragserhöhung für die Meißner Eltern und Familien finanziell vollkommen abgesichert.“

Auch künftig wird sich die AfD im Landkreis Meißen für die soziale Sicherheit von Kindern und Familien stark machen, versprechen Markus Kunze und Thomas Kirste den Bürgern ihrer Gemeinden. Eine weitere Erhöhung der ohnehin bereits viel zu hohen Elternbeiträge steht für die AfD in keinster Weise zur Diskussion.

WAHLKAMPFHILFE IN BERLIN

Unser erfolgreicher Einsatz für die Hauptstadt



Foto: privat

Keine Stadt hat es wohl nötiger als Berlin: Von einer rot-rot-grünen Landesregierung in Schulden gestürzt und heruntergewirtschaftet, gilt unsere Bundeshauptstadt als absolutes Paradebeispiel dafür, wie man Politik eben nicht betreibt. Berlin ist keine Stadt, in der man gut und gerne lebt. Das sagen vor allem die Berliner selbst und plädieren wahlweise für die Enteignung ganzer Stadtbezirke, für massive Grundrechtseinschränkungen Andersdenkender oder auch für die ungebremste Einwanderung von Nichtfachkräften aus dem fernen Ausland. Zumindest jene Berliner, die sich für „woke“ und „fortschrittlich“ halten – linksextreme Gewalttäter, die in der Hauptstadt ihre Hochburg sehen. Zuletzt wurde die charmante Medizinerin Eva-Ma-

rie Doerfler, die in Charlottenburg für die AfD kandidiert, sowie ihr Wahlkampfteam gleich von einer ganzen Gruppe unter Drogen stehender Extremisten attackiert.

Um die Hauptstadt wieder zu einem sicheren und lebenswerten Ort zu machen, war die Meißner AfD im August zur Wahlkampfhilfe nach Berlin gereist. Den unschönen Begegnungen mit arabischen Gewaltandrohern zum Trotz, zeigten sich viele Berliner Einwohner herzlich dankbar für die Unterstützung aus der Wiege Sachsens. „Unser Berlin hat schon bessere Tage gesehen“, erzählt ein Bürger den Wahlhelfern. „Es soll

auch künftig wieder bessere Tage sehen dürfen.“ Optimistisch stimmen jüngste Umfragen, in denen die Berliner AfD von zehn auf zwölf Prozent gestiegen ist. Das sind zwanzig Prozent mehr Wähler binnen weniger Wochen.

In Sachsen bleibt die AfD mit 23 Prozent der Stimmen vor sämtlichen ehemaligen Volksparteien führende Kraft. Bis ins Vogtland war das Meißner Team um Thomas Kirste gereist, um diesen Trend fortzuführen. Unterstützung erhält die Meißner Bundestagskandidatin Barbara Lenk dafür auch von anderen Kreisverbänden. „Im Gegensatz zu Berlin erleben wir hier kaum Anfeindungen“, berichtet die studierte Bibliothekarin von ihrem Wahlkampf. „Das ist das Schöne an Sachsen, die herzliche Offenheit, die wir an unseren Mitsachsen sehr lieben.“ Zu bewerkstelligen gab es in den vergangenen Wochen immerhin viel: Über 4.000 Plakate wurden allein im Landkreis Meißen aufgehängt sowie dutzende Infostände für interessierte Bürger organisiert. „Wir dürfen nun hoffen, in jedem einzelnen sächsischen Wahlkreis erfolgreich zu sein“, drückt Thomas Kirste der Klipphausenerin Barbara Lenk fest beide Daumen. „Unsere Wähler dürfen gewiss sein, dass wir auch weiterhin bodenständige Politik zum Wohl unserer Heimat betreiben. Keiner von uns möchte schließlich, dass Sachsen wie Berlin enden wird.“

BÜRGERUMFRAGE

Helfen Sie mir, den Landkreis besser zu machen, und teilen Sie mir Ihre Wünsche und Anregungen mit. Dafür bitte diese Karte ausschneiden und die Rückseite ausfüllen.

Vielen Dank!

Ihr
Thomas Kirste



Deutschland. Aber normal.



RÄTSELSPASS

Machen Sie mit bei unserem Kreuzworträtsel. Unter allen richtigen Antworten verlosen wir ein Überraschungspaket der AfD-Fraktion-Meißen.

Senden Sie das Lösungswort unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Adresse an:

Thomas Kirste, MdL.

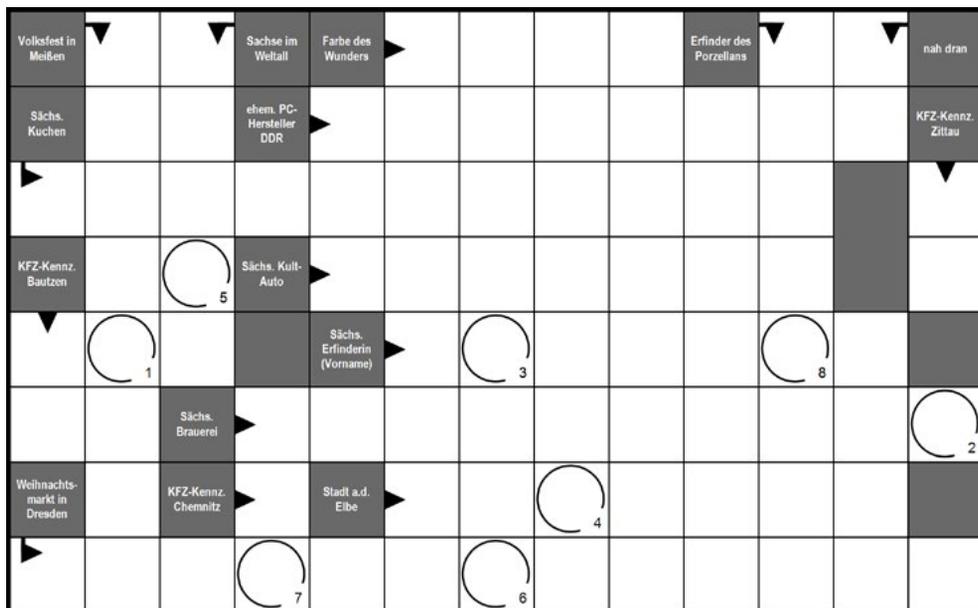
Wilsdruffer Str. 38A, 01662 Meißen

oder schicken Sie eine E-Mail an:

 stadtratsfraktion@afdmeissen.de

Einsendeschluß ist der 31.10.2021

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die erhobenen Daten werden nur zur Gewinnermittlung genutzt.



Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8
---	---	---	---	---	---	---	---

WIR HELFEN MEISSEN – HELFEN SIE UNS.

Mit ihren romantischen Winkeln und Gassen, der majestätisch über der Elbe aufragenden Burg sowie seinen unzähligen Wäldern, Wiesen und Weingärten zur Naherholung gilt unsere Heimatstadt als eine der schönsten Städte Deutschlands. Doch den Reiz Meißen nicht nur unseren Gästen und Bürgern der Stadt, sondern auch zukünftigen Generationen zu erhalten, verlangt von uns allen Arbeit und Leistung ab: Für unser ehrenamtliches Engagement im Vereinsleben sowie auf der politischen Bühne des Meißner Stadtrats benötigen wir Sie!

Ob Sie aktiv die Politik unserer Heimat mitgestalten oder auch nur mit einer stillen Spende unsere Arbeit unterstützen möchten – jede Hilfe ist uns herzlich willkommen.



Bürgerbefragung

Was muss sich in Ihrer Stadt am dringendsten ändern? Wo sehen Sie Handlungsbedarf für die Politik in Ihrer Stadt?

- Ich möchte gern weitere Informationen über die Arbeit der AfD erhalten.
- Ich möchte gern einen Mitgliedsantrag für die AfD zugeschickt bekommen.

Name, Vorname

Anschrift:

Bitte frankieren

FRAKTION MEISSEN



AfD-Fraktion Meißen
Wilsdruffer Str. 38A
01662 Meißen

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Meißen
IBAN: DE89 8505 0300 0225 7351 56
Zweck: Stadtratsfraktion Meißen

Herausgeber:

V.i.S.d.P.: Thomas Kirste
Mitglied des Sächsischen Landtags
Wilsdruffer Str. 38A | 01662 Meißen

Kontakt:

 Wilsdruffer Str. 38A | 01662 Meißen
 stadtratsfraktion@afdmeissen.de
 [facebook.com/AfD.Stadt.Meissen](https://www.facebook.com/AfD.Stadt.Meissen)